



Abgeordnetenhaus **B E R L I N**

– 18. Wahlperiode –

Gemäß Beschlussprotokoll über die 32. Sitzung des
Abgeordnetenhauses von Berlin am 18. Oktober 2018
hat das Abgeordnetenhaus folgenden Beschluss gefasst:

Dieselfahrzeuge technisch nachrüsten – auf Kosten der Hersteller

Das Abgeordnetenhaus begrüßt die Bundesratsinitiative des Senats zur technischen Nachrüstung von Dieselfahrzeugen auf Kosten der Hersteller zur wirksamen Verringerung der Stickoxidwerte in Berliner Straßen.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, auf Bundesebene dafür einzutreten, das zuständige Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) zu verpflichten, die im § 23 Straßenverkehrsgesetz vorgesehenen Bußgelder für das Inverkehrbringen von nicht EU-zugelassenen Diesel-PKW und leichten Nutzfahrzeugen (§ 37 EG-Fahrzeuggenehmigungsverordnung [EGFGV]) von bis zu 5.000 Euro pro Fahrzeug bei den Herstellern zu erheben oder diese stillzulegen.

Die vereinnahmten Bußgelder sollen genutzt werden, um die Halter von älteren und manipulierten Dieselfahrzeugen finanziell bei der technischen Nachrüstung ihrer Abgasreinigungsanlagen sowie die Kommunen bei der Luftreinhaltung zu unterstützen.

Außerdem ist darauf hinzuwirken, dass die Abgasuntersuchung im Rahmen der Hauptuntersuchung schnellstmöglich so weiterentwickelt wird, dass defekte, unwirksame oder manipulierte Abgasreinigungssysteme sicher identifiziert und deren Austausch veranlasst werden können.

Ziel muss sein, alle Dieselfahrzeuge, die in die Innenstadt einfahren, bezüglich Stickoxiden und Feinstaub ähnlich sauber zu machen, wie das bei modernen Lkw und Bussen längst Realität ist.

Der Senat soll sich bei der Bundesregierung für die umgehende Einführung der „Blauen Plakette“ einsetzen und eine entsprechende Bundesratsinitiative anregen oder unterstützen. Es soll eine bundeseinheitliche Regelung erfolgen, die wirksam gesundheitsgefährdende NO₂-Emissionen durch Diesel-Kfz reduziert.

Dem Abgeordnetenhaus ist zehn Monate nach Beschluss dieses Antrags über die Aktivitäten des Senats und bereits erzielte Zwischenergebnisse zu berichten.

Für die Richtigkeit:
Berlin, den 18. Oktober 2018

Dr. Reiter